

Wie das Pentagon 158 Millionen USD von der Schweiz gestohlen hat

Stellen Sie sich vor, Sie betreten ein Restaurant, bestellen eine Flasche Wein und ein Steak, und der Kellner sagt zu Ihnen: „Zahlen Sie den Wein im Voraus; wir berechnen das Steak, wenn es kommt.“ Sie übergeben das Geld für den Wein – prompt und in gutem Glauben. Die Stunden vergehen. Die Küche bleibt still – kein Wein, kein Steak, nichts. Wenn Sie sich beschweren und sagen, dass Sie alle weiteren Zahlungen einfrieren, bis tatsächlich etwas kommt, lächelt der Manager und antwortet: „Oh, wir haben Ihr Weingeld bereits genommen und es dem Steak gutgeschrieben. Es ist sowieso alles eine große Rechnung – unsere Politik erlaubt es uns, Gelder zwischen Ihren Bestellungen zu verschieben, wann immer eine Seite knapp ist. Die Küche läuft im Hintergrund auf Hochtouren... nur gerade nicht für Ihren Tisch.“

Genau so fühlt sich die Schweiz gerade.

Ende März 2026 enthüllte der Schweizer öffentlich-rechtliche Sender SRF, dass die Vereinigten Staaten heimlich etwa 126 Millionen Schweizer Franken – rund 158 Millionen USD – von Zahlungen umgeleitet haben, die die Schweiz bereits vollständig und pünktlich für ihr F-35-Kampfflugzeug-Programm geleistet hatte. Diese Mittel wurden innerhalb eines einzigen gepoolten Foreign Military Sales (FMS)-Treuhandfonds verschoben, um Fehlbeträge beim separaten Patriot-Luftabwehrvertrag der Schweiz auszugleichen – obwohl Bern die Patriot-Zahlungen genau deshalb eingefroren hatte, weil es massive Lieferverzögerungen durch die US-Priorisierung anderer Verbündeter gab. Die Schweiz, ein vorbildlicher Kunde, der nie mit Zahlungen im Rückstand war, musste erleben, wie ihre gutgläubigen Zahlungen still und leise umgebucht wurden, um den Geldfluss an Lockheed Martin aufrechtzuerhalten – trotz null sichtbarem Fortschritt bei den eigenen Bestellungen.

Der Schweizer Patriot-Auftrag: Umpriorisierung, kein Zahlungsverzug

Im Rahmen ihres Air2030-Modernisierungsprogramms bestellte die Schweiz fünf Patriot-Feuereinheiten (Batterien) zusammen mit bis zu 36 F-35A Lightning II Stealth-Kampfflugzeugen (später aus Kostengründen auf rund 30 reduziert). Beide Programme laufen über das US-amerikanische Foreign Military Sales-System. Die Schweiz hat jeden Zahlungsplan pünktlich erfüllt.

Die Patriot-Lieferungen waren ursprünglich für 2026–2028 geplant. 2025 nannte Washington zuerst die Priorität für die Ukraine und schob die Schweizer Lieferungen nach hinten. Dann brach der Konflikt mit dem Iran aus, und das Pentagon stufte den Schweizer Auftrag noch weiter herunter. Anfang 2026 teilte man Bern mit, dass sich der Zeitplan um vier bis

fünf Jahre – möglicherweise länger – verschoben habe, während die Programmkosten um bis zu 50 Prozent gestiegen seien, von rund 2 Milliarden auf 3 Milliarden CHF. Im Herbst 2025 forr die Schweiz weitere Patriot-Zahlungen ein mit der Begründung, dass sie ohne nachweisbare Fertigungs- oder Lieferfortschritte keine Verpflichtung habe, weiterzuzahlen.

Das F-35-Programm hatte ebenfalls Kostenüberschreitungen und Produktionsengpässe, doch die Schweiz hatte die Zahlungen in den gemeinsamen Fonds fortgesetzt und fest damit gerechnet, dass beide Programme als getrennt behandelt würden.

Die mathematische Aussichtslosigkeit des Iran-Konflikts

Das geschah nicht im luftleeren Raum. Die Vereinigten Staaten und Israel verbrauchten in dem Krieg gegen den Iran Patriot-Abfangraketen in atemberaubendem Tempo. Allein in den ersten vier Tagen des Konflikts feuerten US- und verbündete Kräfte 943 Patriot-Raketen ab – etwa die gesamte Produktionsmenge von 18 Monaten bei normalen Friedenszeiten.

Jede Patriot PAC-3 MSE-Abfangrakete kostet etwa 3,9 bis 4,2 Millionen USD. Die billigen iranischen Shahed-Drohnen, die sie abschossen, kosten zwischen 20.000 und 50.000 USD pro Stück. Der Iran produziert rund 10.000 dieser Drohnen pro Monat. Die Mathematik ist gnadenlos:

- Ein einziger Patriot-Schuss kostet etwa das 100-Fache einer durchschnittlichen Shahed-Drohne.
- Bei den aktuellen Produktionsraten (ca. 50–60 Raketen pro Monat) würde es über 16 Jahre dauern, nur um die Produktion eines einzigen Monats iranischer Drohnen auszugleichen – und das bei perfekter Effizienz, die es im realen Kampf nie gibt.

Selbst mit Lockheed Martins versprochener Vervierfachung der Produktion auf 2.000 Raketen pro Jahr bleibt die Rechnung unmöglich: $10.000 \text{ Drohnen pro Monat} \div 167 \text{ Raketen pro Monat} = \mathbf{60 \text{ Monate (5 Jahre)}}$, nur um die aktuelle iranische Produktionsrate zu erreichen – und das unter der Annahme perfekter Abfangeffizienz, die im echten Gefecht nie eintritt.

Diese mathematische Unmöglichkeit geht weit über ein strategisches Scheitern hinaus – sie stellt einen grundlegenden Bruch der vertraglichen Grundlage dar. Wenn die Erfüllung aufgrund von Umständen, die vollständig in der Kontrolle des Verkäufers liegen (Priorisierung anderer Kunden aus geopolitischen Gründen), mathematisch unmöglich wird, entfällt die Leistungspflicht des Käufers nach völkerrechtlichen Grundsätzen. Die Schweiz hat zu Recht erkannt, dass dieses Versprechen einer Produktionssteigerung angesichts des erdrückenden iranischen Produktionsvorteils bedeutungslos war. Der Liefertermin für Schweizer Patriots war faktisch ins Unendliche verschoben – nicht wegen Produktionsverzögerungen, sondern weil der gesamte strategische Ansatz mathematisch zum Scheitern verurteilt war. Diese rationale Einschätzung – basierend auf strategischer Analyse und nicht auf Zahlungsunwilligkeit – veranlasste Bern, die Abschlagszahlungen auszusetzen.

Diese mathematische Aussichtslosigkeit ist der eigentliche Grund, warum das Pentagon das Schweizer F-35-Geld umgeleitet hat. Die Geldverschiebung diente nie dazu, der Schweiz ihre seit Langem verzögerten Systeme zu liefern. Es war ein bewusster Schachzug, Schweizer Steuergelder zu nutzen, um die eigene US-Kriegsanstrengung im Nahen Osten zu finanzieren – um Produktionslinien am Laufen zu halten und Abfangraketen für US- und israelische Operationen gegen den Iran bereitzustellen, während die Schweizer Aufträge weiterhin niedrig priorisiert und nicht geliefert wurden. Im Ergebnis wurde das neutrale Schweiz gezwungen, genau den Konflikt zu subventionieren, der die Lieferung seiner Patriots überhaupt erst unmöglich gemacht hatte.

Die Gepoolte-Fonds-Lücke

Nach den FMS-Regeln fließen **alle** Schweizer Zahlungen für US-Waffen – F-35, Patriots oder sonstiges – in einen einzigen gepoolten Treuhandfonds, der vom Pentagon verwaltet wird. Die Vertragssprache erlaubt den USA ausdrücklich, Geld zwischen den eigenen Programmen eines Kunden umzuschichten, sobald eine Seite einen Fehlbetrag aufweist.

Die Schweiz behandelte die beiden Verträge als separate Druckmittel und handelte in gutem Glauben. Sie setzte die Patriot-Zahlungen aus und erwartete, dass das F-35-Geld für dieses Programm reserviert bliebe. Stattdessen verschob das Pentagon einfach bestehende F-35-Mittel, um die Patriot-Seite am Leben zu halten, und umging das Einfrieren vollständig. Das Geld floss weiter an Lockheed Martin und seine Partner, obwohl es bei beiden Systemen kaum oder gar keine Fortschritte bei den schweizerspezifischen Lieferungen gab. Um das entstandene Loch im F-35-Budget zu stopfen, musste das Schweizer Verteidigungsministerium Dutzende Millionen zusätzlicher Steuerfranken vorzeitig vorstrecken.

Politische Folgen in der Schweiz

Armasuisse-Direktor Urs Loher, der oberste Rüstungsbeamte der Schweiz, bestätigte die Umlenkung gegenüber SRF, konnte den Betrag öffentlich jedoch nur als „niedrigen dreistelligen Millionenbetrag“ bezeichnen. Er nannte die Situation „sehr unbefriedigend“. Der Vorfall hat parlamentarische Anfragen in Bern ausgelöst und erneute Forderungen nach einer vollständigen Untersuchung. Abgeordnete aller Parteien diskutieren nun offen, ob der F-35-Auftrag noch weiter reduziert oder für künftige Luftabwehrbedürfnisse europäische Alternativen (wie das französische SAMP/T-System) gesucht werden sollen, um diese Art der Abhängigkeit von einem Lieferanten zu vermeiden, der kleinere, neutrale Partner ans Ende der Schlange stellt.

Eine moralische und ethische Abrechnung

Es gibt keinen internationalen Strafgerichtshof, der dies als „Diebstahl“ oder „Betrug“ verfolgen würde. Dennoch fühlt sich das Manöver des Pentagons nach jedem moralischen oder ethischen Maßstab – und erst recht nach common-law-Grundsätzen von Vertrag, gutem Glauben und ungerechtfertigter Bereicherung – wie ein klarer Fall von schlechter Absicht an. Die Schweiz hat pünktlich gezahlt, jede Verpflichtung erfüllt und lediglich ihr

Recht ausgeübt, weitere Zahlungen für ein Programm zurückzuhalten, das faktisch in die Bedeutungslosigkeit umpriorisiert worden war.

Dieser Vorfall legt einen grundlegenden Souveränitätsverstoß offen: Schweizer Steuerzahler, die die Verteidigung ihres Landes finanziert haben, mussten erleben, wie ihr Geld für US-Aggressionskriege im Nahen Osten umgeleitet wurde. Das war nie nur ein vertraglicher Streit. Es war ein neutrales Land, das gezwungen wurde, Konflikte zu subventionieren, die völlig außerhalb seiner Sicherheitsinteressen liegen – mit Steuergeldern seiner Bürger für Zwecke, die der langjährigen schweizerischen Neutralitätspolitik direkt widersprechen.

Der Grundsatz *pacta sunt servanda* („Verträge müssen eingehalten werden“) ist ein Eckpfeiler des Völkerrechts. Auch wenn die technische Sprache des gepoolten FMS-Fonds den USA einen vertraglichen Feigenblatt bietet, wurde der Geist des Geschäfts – fortschrittsabhängige Zahlungen, gekoppelt an nachweisbare Lieferungen – untergraben. Die Schweiz hat lediglich die Leistung verlangt, für die sie bezahlt hat. Stattdessen wurde ihr Geld umgeleitet, um ein Programm zu finanzieren, das aus Gründen, die vollständig außerhalb der Kontrolle Berns lagen, heruntergestuft wurde.

Die Erfahrung der Schweiz ist nun Teil einer wachsenden Bilanz, warum Nationen bei Verteidigungsverträgen mit US-Herstellern äußerst vorsichtig sein sollten. Die Vereinigten Staaten haben sich einen miserablen Ruf als Rüstungslieferant erworben – ein Lieferant, der politisch verbundene Kunden gegenüber vertraglichen Verpflichtungen bevorzugt, finanzielle Schlupflöcher nutzt, um maximalen Wert abzuschöpfen unabhängig von der Lieferung, und Abhängigkeit aufbaut, nur um sie für geopolitische Zwecke auszunutzen. Gepoolte Fonds bieten dem Verkäufer administrative Bequemlichkeit, nehmen dem Käufer aber die beabsichtigte Hebelwirkung. Wenn man im Voraus für den Wein bezahlt und das Restaurant das Geld für ein Steak verbucht, das nie kommt – während das echte Kochen für die dringende Bestellung eines anderen läuft –, lernt man schnell, wer wirklich die Rechnung kontrolliert.

Ob Bern Entschädigung, Strafen oder mehr Transparenz durchsetzen kann, bleibt abzuwarten. Für den Moment steht dieser Vorfall als Lehrbuchbeispiel asymmetrischer Macht im Rüstungsgeschäft: Der Käufer schreibt die Schecks, hält jede Frist ein und wird trotzdem ans Ende der Schlange geschoben. Die Schweiz hat nichts falsch gemacht. Sie hat auf die harte Tour gelernt, dass guter Glaube nicht immer erwidert wird, wenn geopolitische Zweckmäßigkeit ruft.